

## „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen ...“ (Kant, Aufklärung)

Die Botschaft, dass Anwohner der Avelsbacher Straße erneut gegen die Wohnbebauung in den Höhenstadteilen klagen werden, hat mittlerweile die Stadtratsfraktionen sowie die Presse als auch die Stadtverwaltung erreicht. Leider erhöht dieses Wissen die Qualität der Kommentare zu diesem Thema nicht, obwohl schon im letzten Jahr die Stadtverwaltung vom Landesrechnungsamt – in anderer Sache - zum „Gebrauch der vorhandenen Vernunft“, die in der Verwaltung durchaus auch vorhanden sein soll, gemahnt hatte.

Bisher zeigt sich dieser Vernunftgebrauch aber nicht in den Stellungnahmen – weder in denen der Verwaltung, noch in denen einiger Stadtratsfraktionen, noch in den Kommentaren einiger Bürger/innen auf 16vor zum Thema.

Schon auf der Ortsbeiratssitzung in Kürenz am 26.01.12 sprachen sich einige Parteivertreter der FWG unwissend über die Positionen ihrer eigenen Politikolleginnen im Stadtrat für eine weitere Bebauung auf dem Petrisberg sowie in den anderen Höhenstadteilen aus. Nur ein paar Tage später lässt sodann Frau Probst (FWG) auf der Stadtratssitzung am 31.01.12 die Ablehnung der Veränderung des Bebauungsplans BU 16a mit dem richtigen Argument verlauten, „dass die Umgehung Kürenz immer noch nicht gebaut sei. Die Belastung dieses Stadtteiles durch den Pendlerverkehr im Aveler Tal werde mit dem neuen Studentenheim und der zusätzlichen Wohnbebauung weiter erhöht“ (RaZ, 7.02.12, S.5). Wie wir sehen werden, ist das Aveler Tal bei weitem nicht das Problem, obwohl es immer wieder als solches benannt wird.

Diese doppelzüngige Haltung ist jedoch nicht nur für die FWG kennzeichnend, deren Ehrenvorsitzenden, Herr Maximini, von dem 16vor-Redakteur Marcus Stölb als „größter Fürsprecher“ (16vor, 07.02.11) der Ortsumgehung gelobt wird, sondern auch für Herrn Maximini selbst, der hinter vorgehaltener Hand schon seit Jahren (!) jedem ins Ohr flüstert, dass er selbst schon lange nicht mehr daran glaubt, „dass dereinst doch noch die seit Jahrzehnten diskutierte Ortsumgehung gebaut werden könnte“ (16vor, ebd.). Das erstaunt nicht zuletzt darum, weil Herr Maximini immer noch aktiven Einfluss auf die politische Richtung der FWG nimmt, obwohl er nicht mehr in der ersten Reihe zu finden ist. Wenn er nun sagt, er glaube nicht mehr an eine Realisierung der Ortsumgebung, klingt dies merkwürdig, weil nur die FWG selbst ihre Einstellung zur Umgehung klar und eindeutig festlegen kann – oder nicht. Zu behaupten, er würde aber nicht mehr an seinen eigenen politischen Willen glauben, ist so, wie wenn der Papst aufhören würde, zu glauben, dass er der Stellvertreter Christi sei. Das ist etwas für den „größten Fürsprecher“ unmögliches! -

Die einzige ernst zu nehmende Gruppierung, die sich je für eine Ortsumgehung in Kürenz eingesetzt hatte, war die Bürgerinitiative „Lebenswertes Kürenz“, von der sich Herr Maximini samt seiner UBM seinerzeit sehr schnell verabschiedet hatte. Diese persönliche Distanz drückt sich dann auch in den Reden im Stadtrat aus, in denen die UBM/FWG keineswegs eine klare Linie an den Tag gelegt hatte: Lippenbekenntnisse hört man jederzeit, wenn es opportun ist, ansonsten wird geduldet, wenn die SPD dafür sorgt, dass zuvor in den Haushalt eingestellte Finanzmittel für die Umgehung letztendlich wieder gestrichen werden, um der ADD einen Gefallen bezüglich der Haushaltskonsolidierung in Trier zu machen. Da kann die FWG nicht fehlen. Und sie fehlte bisher bei den Absagen im Stadtrat keineswegs. – Zwei Herrn kann man aber bekanntlich nicht dienen. Diesen Jahrtausende alten Satz kennt im Zweifelsfall auch kein einziges Stadtratsmitglied, egal von welcher Fraktion! Und eben hier fängt

dann die politische Heuchelei an. Das Problem für diese Parteien ist jedoch mittlerweile, dass sie nicht mehr ernst genommen werden, wenn und weil ihren Worten keine Taten folgen.

So erstaunt es auch nicht, dass eine seltsame Allianz von CDU, SPD und FDP permanent die Fakten verdrehen, wenn es um eine Bewertung des zweifellos gestiegenen Verkehrsaufkommens in der Avelsbacher Straße geht. Die politischen Wortführer dieser Parteien lassen aber in der Rathauszeitung einmütig verlauten:

„Die Einwände wegen eines höheren Verkehrsaufkommens konnten Udo Köhler (CDU), Rainer Lehnhart (SPD) und Dr. Karl-Josef Gilles (FDP) nicht teilen“ (RaZ, 07.02.11).

Warum dies so ist, begründen alle drei mit dem einen und gleichen Argument: Nämlich, dass auf dem Petrisberg schließlich nur „Studentenwohnheime“ gebaut würden. Die Studenten aber, die später dort wohnen würden, gingen sodann zu Fuß an die Uni, so dass kein weiterer „Durchgangsverkehr“ entstehen würde. - Wüsste ich nicht, dass diese Herren auch zuweilen intelligent Reden können, ließe ich sie Kants Aufklärungsschrift auswendig lernen! – Die Logik ihrer Rede besticht hier nämlich nicht durch Folgerichtigkeit.

Es wird zum Ersten verschwiegen, dass in den neuen Gebäuden des BU 16a zunächst nur Studenten einziehen können, solange die Mietpreisbindung für die mit Sozialzuschuss gebauten Wohnheime allgemein gilt. Nachdem diese aber abgelaufen ist, können die Investoren der so genannten „Studentenwohnheime“ frei und ohne Mietpreisbindung an „Jedermann“ vermieten. Gemessen an endlichen Zeiträumen einer Mietpreisbindung für Studenten, wird das freie Mietverhältnis ohne Ende weiter bestehen bleiben. Spätestens dann aber zieht das politische Propagandaargument der drei Ratsherren nicht mehr, dass nämlich kein zusätzlicher Verkehr für Altkürenz aufkommen würde, weil die Studenten zu Fuß zur Uni gingen. – Ganz im Gegenteil: Schon jetzt ist dieses Argument fehlerhaft: Schließlich werden alleine für dieses neue Studentenwohnheim ca. 120 neue Parkplätze geschaffen, von denen mein Kollege Herr Erik Lehnert (SPD) im Ortsbeirat von Kürenz schon einmal im Kopf überschlagen hat, ob diese Anzahl neu geschaffener Parkplätze dann noch ausreichen würde!? (Die stillschweigende Antwort lautet: Nein! – Denn es sei doch wohl klar, dass die Autos, die dort parken würden, nicht über den Pluwiger-Hammer nach Trier kämen, sondern jetzt schon unter Anwendung des allgemeinen Menschenverstandes – so er denn vorhanden ist (!?) - über die Avelsbacher Straße zum Petrisberg führen. – Wie auch anders? – Leider werden diese kleinen politischen „Lügen“ nicht nur von der Verwaltung lanciert, sondern ebenso sehr von der Presse und den Propagandaparteien in Trier.

Besonders drollig war in diesem Zusammenhang ein Kommentar auf den Bericht von 16.vor, indem ein Mensch allen Ernstes behauptete, es fände durch die neue Wohnbebauung auf dem Petrisberg kein „Durchgangsverkehr“ mehr statt, deshalb solle man auch „die ganze Sache flach halten“ (16.vor.) – Einmal abgesehen von den verborgenen Ängsten dieses Zeitgenossen auf dem Petrisberg, möchte ich nur sagen, dass „der Ball“ noch nicht einmal ins Rollen gekommen ist, geschweige, dass man ihn flachhalten wollte. (Gemeint ist hier wohl eher, dass die ganze Sache am besten unter den Tisch gekehrt werden solle!) – Diese Strategie fährt die SPD schon seit Jahrzehnten, wobei besonders der ehemalige Baudezernent Herr Dietze zu nennen wäre, dessen „politische Lügengeschichten und Versprechungen allseits durch die Trierer Presse gegangen sind: „Bis zur Landesgartenschau ...“ (siehe dazu den TV, 2004). Dass aber, wenn vom „Durchgangsverkehr“ in dem Zusammenhang die Rede ist, nicht der Durchgangsverkehr auf dem Petrisberg gemeint ist, der, obwohl er in einer Tempo-30-Zone stattfindet, auf Wunsch der Anwohner auf dem Petrisberg, noch weiter reduziert werden solle,

z.B. durch Anbringung von Bodenschwellen für über 18.000 Euro (!), dürfte wohl jedem in Trier klar sein. Allerdings ist es schon interessant, wenn hier und da einmal ein Kommentar lanciert wird, der den Sprachgebrauch auf den Kopf stellt, um dadurch die augenscheinlichen Verkehrsverhältnisse völlig ignorieren zu können: Es gibt überhaupt keinen „Durchgangsverkehr“! – „Den Ball flach halten“! – Die politische Vernunft hinter diesen Kommentaren gleicht einem kleinen Kind, das in den Unikindergarten geht und sich die Hände vor den Kopf hält, mit den Worten: „Mich sieht jetzt keiner mehr!“ Es gibt keine Verkehrsprobleme in Altkürenz! Diesen Kurs scheint nun aber auch die CDU mehrheitlich zu fahren, was mich politisch sehr enttäuscht, aber nicht überrascht!

Die gleiche Sichtweise scheint endlich auch die Stadtverwaltung unter ihrer Dezernentin Frau Kaes-Torchiani eingenommen zu haben. Auf Ihr Konto geht der bisherige, völlige Boykott jeglicher „verkehrslenkender Maßnahmen“, die vom Ortsbeirat in Kürenz zur Umsetzung für die Verwaltung und den Stadtrat auf den Weg gebracht wurden. Zuletzt wurden sogar „Geschwindigkeitsdisplays“ von der Dezernentin per Brief an die Ortsvorsteher abgelehnt, weil die den Konsolidierungshaushalt zu sehr belasten würden und darum generell abgelehnt werden müssten. „Tempo-30“ ab der Domänenstraße abwärts bis zur Bahnunterführung wurde ebenso abgelehnt, weil es sich bei der Avelsbacher Straße um eine „Landesstraße“ handelt, auf der angeblich keine Geschwindigkeitsbegrenzungen unter 50 kmH von der Verwaltung in Trier verordnet werden dürfte.

Damit ist eine der langjährigen Hauptforderungen der Anwohner der Avelsbacher Straße, nämlich eine nachhaltige Reduzierung der Durchgangsgeschwindigkeit auf „Tempo-30“ im unteren Wohnbereich von der Verwaltung seit Jahren blockiert. Flankiert jedoch von einer konsequenten Geschwindigkeitsüberwachung durch „Starenkästen“, wäre eine Umgehung in der Tat nahezu überflüssig! – Aber, wie schon der Landesrechnungshof RLP bemängelte (siehe oben), ist der vorhandene Vernunftgebrauch in der Stadtverwaltung bisher leider nirgendwo zur sichtbaren Anwendung gekommen. Es wäre wohl auch eine Zumutung einem notwendigen Bürgerbegehren entgegen zu kommen. Wo kämen wir denn dahin, wenn sich herumsprechen würde, dass die Trierer Stadtverwaltung mitdenkt und Lösungen für die gebeutelten Anwohner/innen suchen würde?

Vor diesem Hintergrund wird es einmal wieder Zeit, sowohl die Stadtverwaltung als auch die Vertreterinnen im Stadtrat an ihre eigenen Argumentationen zu erinnern. Vor allem vor dem Oberverwaltungsgericht in Koblenz (OVG) hatte die Stadt seinerzeit den Mund ziemlich voll genommen, weswegen die Bürgerinitiative den Nachfolgeprozess in Koblenz verloren (!) hatte. „Verloren“ deshalb, weil die Bürgerinitiative genau die jetzt bestehende Situation, in der die Stadt Trier außer Bauen auf den Höhenstadtteilen nichts weiter zur Lösung der Verkehrsproblematik von Altkürenz getan hat, zwar schon im Jahre 2004 vor dem OVG bemängelt hatte, das Gericht aber dieser Argumentationen der BI seinerzeit nicht folgen wollte, weil es „eine realistische Lösung“ der Verkehrsproblematik in Altkürenz der Stadt Trier unabhängig vom Bebauungsplan BU 16 (Petrisberg) zubilligte. Die Stadt Trier könne sehr wohl in einem „eigenen Planverfahren“ eine „realistische Lösung“ zu einem späteren Zeitpunkt umsetzen, hieß es damals vor Gericht. – Davon ist die Stadt Trier aber weit entfernt, denn sie unternimmt zur Verkehrsentlastung bisher einfach nichts!

Auch der Verweis der Stadtverwaltung auf die kommende Verabschiedung des gesamtstädtischen „Mobilitätskonzeptes 2025“, in dem sehr „viele Einzelmaßnahmen“ zur Verkehrslenkung angekündigt werden, sieht für Altkürenz – nach meiner Kenntnis des derzeitigen Stands der Dinge (!) – eben keine weiteren verkehrslenkenden Maßnahmen in der Avelsbacher Straße vor, die geeignet wären, eine wirkliche Beruhigung des Verkehrs zu erwirken. – Auch dieses Konzept ist lediglich politisches Blend-

werk und als solches zu bewerten. Dieses Verkehrskonzept sieht nämlich keinen Bedarf zum Handeln. – Ebenso wie Malte Beyer-Katzenberger keine Notwendigkeit zum politischen Handeln sieht, weil es bei einer möglichen Entlastung durch eine Ortsumgehung „nur“ um die Avelsbacher Straße gehe. Das Aveler Tal profitiere davon nicht. – Nach dieser Argumentation würde Malte Beyer wohl auch nicht in die Mosel springen, um „nur“ einen einzigen Menschen vor dem Ertrinken zu retten, weil sehr viel mehr Menschen davon eben nicht berührt seien! Dieser Zynismus im Denken und Nicht-Handeln durchzieht das Denken der gesamten SPD, angefangen vom Ex-Dezernenten Herrn Dietze über den verkehrspolitischen Sprecher Herrn Rainer Lehnart bis in den Ortsbeirat Kürenz hinein zu Herrn Erik Lehnert (SPD) und der gegenwärtigen CDU-Dezernentin Frau Kaes-Torchiani höchst Selbst. Hier wird schon öffentlich ausgesprochen, was die CDU bisher nur insgeheim zu Denken wagt. (Löblicher ist es deswegen aber keineswegs!)

Ein weiteres, besonderes Beispiel dieser zynischen Einstellung bietet eine Argumentation, die Herr Gilles (FDP) des Öfteren im Stadtrat in meinem Beisein zum Besten gab. Er verstieg sich zu der Behauptung, dass ein Baustopp auf den Höhenstadtteilen nichts für Altkürenz bringen würde, weil dann nämlich in den „Dörfern außerhalb von Trier“ weiter gebaut werden würde. Abgesehen davon, dass auch dieses Argument logisch völlig daneben ist, denn die Dörfer außerhalb von Trier bauen auch dann, wenn auch die Höhenstadtteile in Trier weiter gebaut werden sollten, lässt diese Einstellung von Herrn Gilles kein besonders hervorragendes ethisches Verständnis durchscheinen. Seine Meinung dient ihm eigentlich nur dazu, selbst keine Verantwortung für die ungelöste Verkehrssituation in Altkürenz übernehmen zu müssen. Denn sein Argument basiert auf der falschen Behauptung, dass, wenn die Dörfer außerhalb von Trier weiterbauten, der Verkehr in der Avelsbacher Straße nach wie vor auch zunehmen würde – etwas, dass die Anwohner ja auch tatsächlich gegen die Ratsfraktionen und gegen die Stadtverwaltung behaupten. Dass aber eben darum auch ruhig weiter in den Höhenstadtteilen Triers gebaut werden könne, ohne dass darum der Verkehr merklich zunehmen würde, gehört in den Bereich der Mythenerzählung, ähnlich wie die Legende, Herr Maximini von der FWG, gehöre zu den politischen Förderern der Ortsumgehung. Beides ist falsch. Denn erst recht steigert sich der Verkehr in Altkürenz, wenn neben den Höhenstadtteilen auch in den Dörfern hinter Trier weitere Wohngebiete ausgebaut werden sollten. Nur: Für den Innerstädtischen Bereich trägt unter anderem auch Herr Gilles Verantwortung, während er für die Entscheidungen der Dörfer nicht verantwortlich zeichnen kann. Wenn diese daher weiterbauen, kann Herr Gilles nicht daraus schließen, dass nur deshalb auf den Höhenstadtteilen kein Baustopp erforderlich sei. Er vertut er sich da rein ethisch, denn glaubt, dass er nicht für die politischen Handlungen der Verantwortlichen auf den Dörfern verantwortlich sei, und darum auch nicht für seine eigenen politischen Taten und deren Folgen Verantwortung tragen muss. Er verhält sich wie ein Pennäler, der sich darüber beim Lehrer beklagt, für sein Geschrei verantwortlich gemacht zu werden, mit dem Gegenargument, dass ja schließlich auch die anderen weiter lärmten! – Indem solche Stadträte auf andere Entscheidungsträger verweisen, leugnen sie selbst nur, dass das politische Problem eigentlich bei ihnen selbst und ihren widersprüchlichen Entscheidungen liegt. Nach Meinung der FDP existiert in Altkürenz kein Verkehrsproblem, weil nicht die Bewohner der Höhenstadtteile in Trier den zusätzlichen Verkehr erzeugen, sondern nur die auswertigen Bewohner auf den Dörfern. Und darum könne man die Höhenstadtteile in Trier – wie bisher – weiter ausbauen. Er – Herr Gilles als Vertreter der FDP im Trierer Stadtrat – trage für die katastrophale Verkehrssituation in Altkürenz keine politische Verantwortung. – So sieht ethisches Bewusstsein in der Politik freilich aus. Aber so überflüssig eine Umgehung auch aus Sicht der FDP erscheint, so überflüssig ist die Partei schon selbst geworden. Tatsächlich.

Dass bisher über die Linke Position in diesem Artikel kein Wort verschwendet wurde, liegt genau an dem mangelnden Bewusstsein der Linken für diese Überlappungen von Politik und Ethik, ein Mangel, den sie durchaus mit großen Teilen der Trierer Presse teilt. Insofern gehört die derzeitige Linke sehr wohl und bestens in den Trierer Stadtrat. Kurzschlüsse in den Gedanken bilden eben keine Garantie für „kurze Wege von der Wohnung bis zum Einkauf“ (RaZ, 07.02.12), wie die Rathauszeitung als Exklusivorgan des politischen Rates jüngst dagegen meinte. Kaum jemand bei den Linken bekommt überhaupt mit, dass es mir hier gar nicht um die Verhinderung von Studentwohnheimen auf dem Petrisberg geht. Die Konsequenz hat dort nämlich niemand: Wer weiterhin keine „realistische“ Verkehrsentslastung für Altkürenz anzubieten hat, der wird demnächst auch nicht weiter in den Höhenstadtteilen von Trier Wohngebiete ausweisen können.

Selbst die „Nahversorgung mit einem Vollsortimenter“ auf dem Petrisberg erhöht die LKW-Quote, die durch die Avelsbacher Straße früh morgens oder spät abends tonnenweise vollbeladen donnert! – Dennoch teilen die Fraktionen ein Mehraufkommen an Verkehr nicht und die Stadtverwaltung setzt noch obendrauf den Satz, man „sei 2004 von höheren Verkehrsmengen als den 2011 tatsächlich gezählten ausgegangen“ (16vor, 07.02.12). – Nun, was sagt das denn rein sachlich aus? Doch wohl keinesfalls, dass in der Avelsbacher Straße „von einem sehr hohen Schutzniveau auszugehen ist“ (ebd.), wie das Baudezernat in diesem Zusammenhang behauptet.

Tatsächlich weigert sich die Stadt aber bis heute, gezielte Einzelmessungen in der Avelsbacher Straße vorzunehmen. Weder die tatsächliche Feinstaubbelastung noch der tatsächliche Schallpegel wurden in der Straße jemals gemessen. Vielmehr generalisiert man in der Verwaltung vorgegebene Vergleichswerte für ähnliche (!) Straßen, wobei dann die Werte entsprechend für diese konkrete Straße hochgerechnet werden. Das hat jedoch zur Folge, dass man von gleichen Werten im Aveler Tals als auch in der Avelsbacher Straße ausgeht, obwohl die geographische Topologie beider Straßen überhaupt nicht vergleichbar ist – außer in dem Punkte, dass beide Straßen die gleiche Landesstraße bezeichnen.

Wenn nun – wie oben gezeigt – des Öfteren argumentiert wird, dass eine Ortsumgehung „nur“ der Avelsbacher Straße und nicht dem Aveler Tal zu Gute käme, - und darum keine Umgehung gebaut werden müsse (!) – dann ist dieser Schluss fehlerhaft. Denn in dem großzügig hin zu den Weinbergen geöffneten Aveler Tal herrschen, obwohl die gleiche Menge an Autos das Tal passiert, gänzlich andere Verkehrsverhältnisse als in der engen von beidseitiger hoher Wohnbebauung verbauten Avelsbacher Straße. Die Besonderheit dieses Straßenzuges wird durch den Begriff „Tunneleffekt“ treffend zum Ausdruck gebracht. Danach potenziert sich sowohl die Feinstaub- als auch die Lärmbelastung in dem Straßenzug, weil er zu keiner Seite hin geöffnet ist, wohin der Schall oder der Staub entweichen könnte. In Trier gibt es wohl keine andere, vergleichbare Straße mit einem dermaßen hohen Belastungspotential. Das ändern auch keine Schallschutzfenster, die als Sofortmaßnahme im Jahr 2004 gegenüber der Stadt Trier allererst erstritten werden mussten, weil das OVG urteilte, dass die Lärmbelastigungen schon zu diesem Zeitpunkt (2004) „gesundheitsschädlich“ seien. – Wer also behauptet, der Verkehr nehme trotz der verstärkten Wohnbebauung in den Höhenstadtteilen nicht mehr zu, der lügt offensichtlich ganz bewusst aus falsch verstandener parteipolitischer Rücksichtnahme. Mut, sich seines eignen Verstandes zu bedienen, hat in den bloßen Propagandaparteien von Trier niemand mehr!

Nun ist es aber so, dass der Verkehr seit 2004 beständig zugenommen hat und nun auch noch mit weiteren 120 Stellplätzen – entgegen den Behauptungen der Verwaltung und einiger Fraktionen – weiter zunehmen wird. Was dabei noch völlig unberücksichtigt geblieben ist, ist die neue Bundesge-

setzung, nach der von Oktober bis März „Winterreifenpflicht“ für alle Automobile besteht. Allein die Zunahme des „Rolllärms“ durch die pflichtmäßige Winterbereifung ist in der Avelsbacher Straße mit bloßem Ohr hörbar! Diese Zunahme des Lärmpegels aufgrund einer neuen Gesetzgebung ist aber in keiner statistischen Lärmwerthochrechnung mit eingerechnet worden. Daraus kann man nun den Schluss ziehen, dass die von der Stadt Trier zur passiven Lärmsanierung angebotenen Schallschutzfenster mit einem Reduktionsfaktor von -45 Dezibel (von außen nach innen) nicht mehr hinreichend sind, um unter die entsprechenden gesetzlich vorgegebenen Schallschutzwerte bei Tag und Nacht zu gelangen. – Ob dies tatsächlich der Fall ist, wird wohl nur geprüft werden können, wenn sich die Stadt zu einer Einzelfallmessung entschließen könnte, was sie bisher nicht wollte. Dabei könnte natürlich auch herauskommen, dass der Schallpegel in der Avelsbacher Straße sehr viel höher liegt als im Aveler Tal. Es könnte sogar festgestellt werden, dass die Schallschutzbestückung mit -45 Dezibel im Aveler Tal (aufgrund seiner offenen Topographie) sehr wohl ausreichend ist, während sie in der Avelsbacher Straße durchaus schon seit 2004 mangelhaft geblieben ist - eben aufgrund des nur dort vorherrschenden Tunneleffekts!

Wenn nun die Anwohner in der Avelsbacher Straße eine Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h auf „Tempo-30“ ab der Domänenstraße runter bis zur Bahnunterführung fordern, weil dies in der Tat eine effektvolle (!) Lärmreduzierung darstellt, die perverser Weise bisher immer nur dann partiell erfolgt, wenn in der Straße ein Stau zu verzeichnen ist, dann läuft das Gegenargument der Stadt Trier, man könne die Geschwindigkeit nicht reduzieren, weil das automatisch zu höheren Abgaswerten und Feinstäuben führen würde, ins Leere. Denn erst Anfang des Jahres 2012 veröffentlichte die Stadtverwaltung in der Rathauszeitung die Abgaswerte für die Stadt Trier, die erfreulicherweise im Jahre 2011 gesunken seien (vgl. RaZ, 31.01.12). Wenn das so ist – und wenn zudem die Werte, die nur an einem einzigen Messpunkt in Trier erhoben werden, wiederum auf ganz Trier generalisiert werden können -, dann gibt es ja noch einige „Luft“ in der Avelsbacher Straße. Dann kann auch die von den Anwohnern in der Avelsbacher Straße geforderte Geschwindigkeitsreduzierung durchgeführt werden, ohne dass die Abgaswerte direkt den gesetzlichen Grenzwert überträfen, wie Stadt Trier bisher befürchtete! – Leider argumentiert die Stadt aber nicht so weitblickend: Vielmehr lehnt sie seit Jahren eine Tempo-30-Zone in der Avelsbacher Straße genau aus dem Grund ab, dass dann die Abgaswerte den gesetzlichen Grenzwert übersteigen würden. – Nun: wenn dem dann so ist, dann kann man aber auch zu Recht fordern, dass die Avelsbacher Straße dringend verkehrsentlastet (!) werden muss, weil überhaupt nicht garantiert ist, dass die Abgaswerte aufgrund der besonderen Topographie mit dem Tunneleffekt nicht schon jetzt oberhalb des vorgegebenen Grenzwertes liegen (- gemessen wird ja tatsächlich in einer Allee, unter gänzlich anderen topographischen Bedingungen!). – Aber auch dies kann bisher und derzeit nicht überprüft werden, weil die Stadt sich seit 2004 weigert, Einzelmessungen in der Avelsbacher Straße vorzunehmen, obwohl sie, dies zu tun, noch 2004 vor dem OVG eingeräumt hatte. Solange diese Messungen aber nicht durchgeführt worden sind, kann das Gegenteil eben auch nicht nachgewiesen werden. - Daher bleibt nur festzustellen, dass die Stadtverwaltung zusammen mit einigen Fraktionen voll bewusst und mit voller Absicht, die „gesundheitsgefährdende Situation“ in Altkürenz nicht nur weiterhin duldet, sondern – wider besseren Wissens – auch nicht gewillt ist, „realistischer Weise“ zu lösen. erinnern wir uns: Bis heute hat die Stadt rein gar nichts zur Lösung der Verkehrsproblematik in der Avelsbacher Straße aktiv beigetragen, sondern ganz im Gegenteil alle vom Ortsbeirat beschlossenen Maßnahmen blockiert und abgelehnt. Darüber hinaus weist die Stadt allerdings immer neue Wohngebiete aus, von denen sie dann – wiederum im Verbund mit einigen Fraktionen – behauptet, der Verkehr würde dadurch keineswegs zunehmen.

Vor diesem gesamten Hintergrund sehe ich nun keine andere Lösung als erneut nach Koblenz vor das OVG zu ziehen. Wenn es noch einen Rechtsstaat gibt, dann wird auch das OVG seine einmal getroffenen Entscheidungen vor der veränderten Faktenlage neu bewerten und revidieren. Denn eines ist klar, wenn es nach Maßgabe der Stadt Trier und besagter Propagandafractionen geht, wird sich überall in Trier etwas tun, nur nichts an der Verkehrsentslastung in Altkürenz. Der erstaunliche Grund wäre, dass die zukünftigen Verkehrszunahmen schon jetzt voll und ganz in die Planungen der Stadt eingegangen sind. – Zum Handeln gibt es daher keinen Anlass mehr! – So irre kann Kommunalpolitik sein: Man tut nichts und darum sieht man auch keinen Anlass überhaupt etwas zu tun. – Nur gut, dass Karl Marx in Trier recht unbekannt geblieben ist und seine 11. Feuerbachthese nur noch auf den wenigen höheren Schulen mit viel Glück diskutiert wird.

PS:

Die Entlastungsüberlegungen der Grünen über den Petrisberg sind allesamt indiskutabel! Die Seilbahn wird nicht gebaut werden können, weil es Bestimmungen gibt, nach denen eine Seilbahn nicht offen über Wohnbebauungen geführt werden darf. Und einen Tunnel für die Seilbahn auf den Petrisberg zu bauen, dürfte ein noch größerer Schildbürgerstreich sein, als die Planungen endlich einzustellen. Dasselbe gilt im Übrigen für die Bustrasse. Hier fehlt nicht erst seit dem neuesten Konsolidierungshaushalt 2012 in der Stadt das Geld, sondern es fehlte schon immer.

Die politische Übeltätereie besteht nun darin, die verschiedenen Varianten möglicher Verkehrsentslastung geflissentlich gegeneinander auszuspielen. Dieses Spielchen wird in Trier nicht erst seit meiner Zeit im Stadtrat zwischen den verschiedenen Fraktionen unter politischem Kalkül mit Begeisterung gespielt. Leider bleibt so das Bestreben völlig auf der Strecke, für betroffene Personen und Probleme in der Kommune bürgernahe Lösungen zu finden. Geschweige diese dann auch noch umzusetzen. – Auf eine solche Politik mit einem solchen Demokratieverständnis habe ich schon lange keine Lust mehr. Diesbezüglich versagt auch die gesamte Presse in Trier, die sich als die „besseren Politiker“ selbst missversteht.

Johannes Verbeek

Trier, den 10.02.12